Landratsfraktion Stand: Januar 2026

Schwerpunkte 2026

Gewerbe, Wirtschaft, Landwirtschaft — Lead: Alois Arnold, 65 / Franz Imholz

Die Entwicklung Eyschachen ist kritisch zu beobachten. Erste positive Impulse konnten mit der Realisierung des Neubaus am Bahnhofplatz 1 sowie dem Projekt auf der Werkmatt gesetzt werden. Die Entwicklung der Werkmatte macht Fortschritte. In der ganzen Entwicklung rund um den Bahnhof ist das heimische Gewerbe zu berücksichtigen.

Der administrative Aufwand für Gewerbe, Wirtschaft und Landwirtschaft soll abgebaut werden. Die Wirtschaftsförderung soll sowohl die Standortattraktivität der Entwicklungsschwerpunkte und der Seitentäler weiter fördern.

Für die SVP hat die Nutztierhaltung gegenüber den Grossraubtieren klar Priorität. Die konsequente Regulierung der Grossraubtiere ist zwingend. Die langfristige Sicherstellung der Urner Alpwirtschaft liegt im Interesse von Tourismus und Landwirtschaft. Auf kantonaler Ebene sind optimale Bedingungen für eine funktionierende Land- und Alpwirtschaft zu unternehmen. Bezüglich der zukünftigen Agrarpolitik ist der Kontrollaufwand in der Landwirtschaft kritisch zu überprüfen - die produzierende Landwirtschaft soll unterstützt und nicht behindert werden

Finanzen, Behörden und Verwaltung — Lead: Christian Schuler / Walter Baumann/Walter Furrer

Die Umsetzung des Spar- und Massnahmenpakets zeigt erste Erfolge. Für eine längerfristige Sicherung der Kantonsfinanzen bzw. die Behebung des strukturellen Defizits braucht weitere Massnahmen auf der Aufwandseite. Die Einführung von finanzpolitischen Reserven ist in der Finanzhaushaltsverordnung zu verankern. Die Zuteilung. Der Prozess mit den Gemeinden die verlangte Aufgaben- und Finanzstruktur-überprüfung vorzunehmen ist zeitnah zu starten.

Die Steuerstrategie des Kantons ist kritisch zu überprüfen insbesondere jene der juristischen Personen. Die Steuerbelastung für natürliche und juristische Personen ist auf einem schweizweit attraktiven Niveau zu halten und soll konkurrenzfähig gegenüber den Nachbarkantonen bleiben. Ein Anstieg der Steuerbelastungsunterschiede unter den Gemeinden ist mit geeigneten Mitteln zu verhindern.

Die Überprüfung der Aufgaben und der zur Aufgabenerfüllung benötigte Personalaufwand/Personal-bestand bei der kantonalen Verwaltung muss konsequent umgesetzt und laufend überprüft werden. Die Erstellung der Aufgabenlandkarte ist zu beschleunigen. Weiter ist eine umfassende Überprüfung der Verwaltungsstruktur des Kantons notwendig.

Die wirtschaftliche und die strategische Entwicklung der Urner Kantonalbank ist kritisch zu verfolgen. Beim Zukauf von Beteiligungen muss eine konservative Risikoeinschätzung im Fokus stehen. Die Ausschüttungsquote an den Kanton soll gesteigert werden.

Bildung und Kultur — Lead: Fabio Affentranger/ Tini Huser

Die Lehrpläne sollen nicht weiter ausgebaut werden, sondern es soll wieder eine Konzentration auf zentrale Fächer wie Mathematik, Deutsch usw. ausgerichtet werden. Wir setzen uns für den Abbau von unnötiger Bürokratie bei Bildungsinstitutionen und Lehrlingsbetrieben ein. Das ständige Kostenwachstum im Bildungsbereich ist zu stoppen. Ein weiterer Ausbau von Betreuungsangeboten und Schulsozialarbeit oder die Senkung von Klassengrössen werden von uns abgelehnt.

Die Schule ist konsequent auf die Praxis auszurichten und das duale Berufs- und Bildungssystem ist zu stärken. Die Abschaffung des Erziehungsrats ist voranzutreiben. Die Digitalisierung in der Schule ist praxisbezogen zu fördern. Der Betrieb und die Beschaffung von Informatik- und Softwarelösungen im Bildungsbereich sind zentral zu organisieren.

Das integrative Schulsystem ist gescheitert. Eine zu grosse Spannweite (Lerngeschwindigkeit und Lernbedürfnisse) kann für Lehrkräfte sehr herausfordernd sein. Die Qualität des Unterrichts für die «grosse Mehrheit» darf durch das integrative Schulsystem nicht beeinträchtigt werden. Die Führung von Kleinklassen darf kein «Tabu» sein.
Neue Experimente in der schulischen Bildung sind abzulehnen. Die SVP wünscht eine Konsolidierung und steht der ständigen Veränderung kritisch gegenüber und deren finanziellen Folgen-Mehrkosten. Die Schulleitung ist ausschlaggebend in den Gemeinden, hinsichtlich der Kompetenzen.

Die Kulturförderung soll moderat bleiben. Keine unnötige Bürokratie aufbauen für kulturelle Veranstaltungen. Die Bewilligungsverfahren sollen den Verhältnissen angepasst sein.

Asyl- und Sicherheit — Lead: Pascal Arnold/ Reto Tresch

Die Kosten im kantonalen Asylwesen sind sorgfältig zu prüfen, und gegenüber dem Bund ist eine klarere Position einzunehmen. Dabei gilt es insbesondere, auch die Folgekosten für andere Sozialwerke und -versicherungen im Blick zu behalten – etwa die künftig auf den Kanton zukommenden Ausgaben für Integration, wirtschaftliche Hilfe und ähnliche Bereiche.

Die Integration von Asylsuchenden sollte ganzheitlich betrachtet werden. Dabei sind auch die Auswirkungen auf das Bildungssystem kritisch zu beleuchten. Für die Verteilung der Asylsuchenden auf die Urner Gemeinden ist ein gerechter und transparenter Verteilschlüssel zu entwickeln.

Ein sicherer Kanton Uri liegt uns am Herzen. Optimierungen im Feuerwehrwesen des Kantons sollen gezielt mit der «Strategie Feuerwehr Uri 2026+» vorangetrieben werden – dabei sind vorhandene Synergien zu nutzen, um die Effizienz zu steigern und die Gemeinden bestmöglich, auch finanziell, zu entlasten. Dies soll jedoch ohne eine Schwächung des bewährten Milizsystems geschehen.

Für die Sicherheit unseres Kantons Uri ist eine starke und vertrauenswürdige Polizei unerlässlich – sie soll mit den entsprechenden Mitteln und Ressourcen ausgestattet sein, um ihre Aufgaben wirkungsvoll wahrzunehmen.

Umwelt und Verkehr — Lead: Flavian Levy/ Peter Stadler

Sichere und ständig verfügbare Verkehrsverbindungen zu den Wirtschaftszentren Richtung Norden (Zürich und Luzern) sowie Richtung Süden (Tessin) sind unverzichtbar für den Wirtschaftsstandort Uri. Dies gilt für Strasse und Schiene. Damit bei der Axenstrasse eine sichere Verbindung nach Norden gewährleistet werden kann, ist deren Aus- und Fertigbau weiter voranzutreiben. Verkehrsstau auf den Kantonsstrassen infolge Ausweichverkehr durch Quartierte ist mit geeigneten Massnahmen zu verhindern. Der Durchgangsverkehr ist konsequent über die Autobahn zu führen, um Stau auf den Kantonsstrassen zu verhindern. Das Staumanagement ist zu optimieren und konsequent umzusetzen. Umsetzung des regionalen Verkehrskonzepts nach der WOV-Eröffnung ist zu beobachten und bei Bedarf zu optimieren.
Im öffentlichen Verkehr muss sich der Regierungsrat für attraktivere Verbindungen nach Zürich engagieren, um so ein Pendeln von bzw. nach Zürich zu ermöglichen.

Die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts hat mit Augenmass zu erfolgen und muss auf die geografische Lage des Kantons abgestimmt sein. Wir setzen uns für eine Klimapolitik mit Selbstverantwortung, Innovation und wirtschaftlicher Freiheit ein. Neue Zwangs- und Lenkungsabgaben werden von der SVP Uri bekämpft. Die Automobilität soll auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Der Abbau der Bürokratie, im speziellen im Bereich Umwelt- und Immissionsschutz, muss durch geeignete Vorstösse gefördert und gefordert werden.

Die Investitionspolitik des Regierungsrates bei den Strassen, konkret das Unterhaltsprogramm muss, allenfalls mittels Vorstoss, näher geprüft werden. Die Prioritätensetzung beim Strassenunterhalt sowie beim Bau von neuen Strassen oder Radwegen ist kritisch zu hinterfragen und der notwendige Standard sowohl bei der Planung wie aber auch beim Bau ist zu überprüfen. Luxuslösungen sind zu verhindern! Bei der Umsetzung dürfen die Strassenverbindungen in die Seitentäler nicht vergessen werden – sie sind deren Lebensnerv.

Familie, Sozialwesen, Gesundheit — Lead: Claudia Brunner/ Jonas Schär

Beim Betrieb des neuen Kantonsspital Uri gilt es von Seiten SVP folgende Punkte zu beachten: Kosten und Nutzen, Tragbarkeit, Spitalführung und eine sichere und standortangepasste Gesundheitsversorgung für den Kanton Uri. Die Gesundheitsversorgung im Urserntal und der Einbezug aller Parteien ist zu überprüfen und zu optimieren.

Generell ist das markante Kostenwachstum bei verschiedenen Leistungsvereinbarungen (SBU, Stiftung, Papilio usw.) kritisch zu hinterfragen und mit geeigneten Massnahmen einzudämmen.

Die SVP Uri setzt sich für eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Familienpolitik ein. Wir wollen keine Verstaatlichung der Familien und zentral vorgeschriebene Tagesstrukturen. Angebote sollen auf Stufe Gemeinde bedürfnisorientiert und primär privatfinanziert erfolgen. Die Selbstbetreuung der Kinder darf gegenüber der externen Kinderbetreuung nicht schlechter gestellt werden.

Die Langzeitpflege ist im Kanton Uri sicherzustellen. Die Altersheimplanung und die Anzahle benötigten Pflegeplätze müssen optimal geplant werden.

Energie	Lead: Alois Arnold 81/ Stefan Walker

Energiesparmassnahmen im Wohnungsbau müssen auch für Private finanzier- und umsetzbar sein. Die SVP begrüsst, eine Solarpflicht auf Dächern erst ab 300m2 Dachfläche festzulegen. Kleinere Flächen sollen nach wirtschaftlichem ermessen installiert werden und allen freigestellt sein ob Dach- oder Fassadenanlagen realisiert werden. Weiter werden wir uns dafür einsetzen, dass Balkon- und Fassadenanlagen neu nicht mehr der Baubewilligungspflicht unterstehen, sondern nach dem Meldeverfahren bewilligt werden können.

Die SVP unterstützt die Eignerstrategie des Kantons bei den Heimfällen der Wasserkraftkonzessionen. Die Heimfälle sollen zugunsten der Urner Bevölkerung ausgehandelt werden- «Volksdividende günstiger Strom». Weiter setzt sich die SVP-Fraktion für den weiteren Ausbau von Wasserkraftwerken ein. Gegebenenfalls ist das SNEE in den nächsten Jahren neu zu beurteilen und allenfalls anzupassen, sollte dies der Wirkungsbericht aufzeigen.

Bei Grossflächigen Photovotaik- und Windparkanlagen im Gebirge sind kritisch zu hinterfragen.

Tourismus	Lead: Alois Arnold 81/ Walti Furrer

Die Tourismusförderung in Uri ist wichtig, sie soll aber nachhaltig und moderat sein. Die Massnahmen sollen sich über den ganzen Kanton erstrecken. Die bürokratischen und die raumplanerischen Hürden für touristische Entwicklungen sind tief zu halten. Für die touristische Entwicklung des Urner Talbodens und dem umliegenden Berggebiet braucht es zusätzliche Hotelbetten und Übernachtungsmöglichkeiten. Beiträge an Tourismus Organisationen sind kritisch zu hinterfragen, und allfällige Leistungsvereinbarungen zu überarbeiten.

Das Tourismusprojekt an der Isleten soll als Chance für die touristische Entwicklung rund um den Urnersee angesehen werden.

Altdorf, im Januar 2026